

# Überlegungen zur Periodisierung der österreichischen Protestantengeschichte nach 1945

von

Gustav Reingrabner

Kirchliche Zeitgeschichtsforschung ist – wie die Zeitgeschichtsforschung überhaupt – davon betroffen, daß sich ihr Forschungsbereich ständig nach vorne hin verlängert. Wenn man also bis vor kurzem noch einige Scheu davor zeigte, Vorgänge zwischen 1934 und 1945 zu behandeln, so ist nunmehr darauf hinzuweisen, daß diese Ereignisse schon rund ein halbes Jahrhundert – oder sogar länger – zurückliegen, daß seither auch in der (evangelischen) Kirche (in Österreich) vieles vor sich gegangen ist, wobei die Veränderungen der Situation und der Position der Kirche nachhaltig waren, obschon sie nicht selten in einer eher unauffälligen Form vor sich gegangen sind. So wird die kirchliche Zeitgeschichtsforschung diesen seit 1945 vor sich gegangenen Entwicklungen nachzugehen haben. Das fällt ihr wohl auch deshalb schwer, weil es an äußeren Ereignissen fehlt, die eine Gliederung ermöglichen.

Damit ist aber die Einordnung der einzelnen Geschehnisse schwierig. Das führt wiederum dazu, daß die verschiedenen Einzelarbeiten, die da und dort – und sei es als Arbeiten im Verlauf der theologischen Ausbildung – geschrieben werden, gleichsam in der Luft hängen und nur selten ihren „Platz“ in der Entwicklung der Kirche einzunehmen vermögen.

Das gilt auch von den verschiedenen Übersichten, die in Gemeindegeschichten, wie solche in der Regel zu Jubiläen erscheinen, enthalten sind. Sie beschränken sich in vielen Fällen einfach auf die Vorgänge in der Gemeinde, vermögen diese aber schon deshalb nicht immer richtig zu begreifen, weil die Einbindung in einen Konditionierungsrahmen fehlt.

So dürfte es sinnvoll sein, wenn einmal ein Versuch unternommen wird, wirksame Faktoren der Entwicklung der Evangelischen Kirche in Österreich im Blick auf eine Periodisierung derselben herauszugreifen und wenigstens theseartig darzustellen, vor allem aber in eine gewisse Beziehung zueinander zu setzen. Es handelt sich also um eine erste Vorarbeit, die ernst zu nehmenden zeitgeschichtlichen Forschungen in gewisser Weise einen Weg zu bahnen versucht. Dabei ist weder Vollständigkeit angestrebt, noch auch eine endgültige Periodisierung möglich. Es handelt sich vielmehr um die annähernd chronologisch angeordnete Anführung von einzelnen Elementen recht unterschiedlicher Art, die sich als „geschichtswirksam“ erwiesen haben – wenigstens nach der Meinung des Verfassers.

Der Subjektivität des Unternehmens entspricht auch seine Form. Es geht weder darum, die vorhandene Literatur auszuwerten oder auch nur anzugeben, noch auch darum, Vollständigkeit in der Nennung von Faktoren, Einflüssen und Vorgängen zu erreichen. Das betrifft an sich einmal schon die sich aus der „wesenhaften Regionalität“ der österreichischen Protestantengeschichte ergebenden Fakten, aber auch die übergreifenden Vorgänge an sich. Schließlich kommt die Subjektivität der Ausführungen auch aus der Tatsache, daß der Verfasser selbst seit seinem im Jahre 1954 begonnenen Theologiestudium ununterbrochen in Verbindung mit der Evangelischen Kirche in Österreich gestanden hat, also sowohl – in bescheidenem Maße – Gestalter von Vorgängen wie auch Betroffener der Entwicklungen war (und ist).

Nicht nur diese Betroffenheit und die Nähe der Ereignisse macht diese Arbeit zu einer bloßen Vorarbeit, sondern auch die – bereits erwähnte – Tatsache, daß die Entwicklung ohne nach außen hin deutlich sichtbare Brüche und Veränderungen vor sich ging. Dabei darf die scheinbare Parallelität von Ereignissen nicht unbedingt als Gegenargument herangezogen werden. Dazu ein Beispiel: Das Protestantenpatent von 1861 hat die Gemeinden unmittelbar betroffen, weil auf Grund seiner Bestimmungen eine weitgehende Umgestaltung der kirchlichen Strukturen notwendig wurde (und auch freudig zu begrüßen war). Daraus ergab sich ein deutlicher Einschnitt in der Geschichte des österreichischen Protestantismus im 19. Jahrhundert. Das Protestantengesetz von 1961 hat in

der Kirche selbst so gut wie keine Auswirkungen gehabt. Das einzige, was die Gemeinden unmittelbar betroffen hat, war die Tatsache, daß nunmehr „Gemeideumlagen“ eingehoben werden konnten, was vorher untersagt war. Das bedeutet, daß das Protestantengesetz kaum als ein wirklicher Einschnitt in Leben und Entwicklung der Kirche empfunden werden kann. So kann es also nur zusammen mit anderen Kriterien dazu verwendet werden, um die Grundlage für eine Periodisierung zu ergeben.

### *I. Die Zeit nach dem Kriege*

Der Anfang des Abschnittes ist durch das Kriegsende und durch das allmähliche Ingangkommen des kirchlichen Lebens markiert. Das Ende ist nicht durch ein Datum zu bestimmen, sondern als eine Zeitspanne zu definieren, in der die unmittelbar nach dem Krieg begonnenen Neuorientierung, einschließlich der weithin versuchten Restauration ihr Ende gefunden haben. Das geschah in der Zeit zwischen 1958 und 1960. Dabei sind natürlich einzelne Vorgänge auch noch über diesen Zeitpunkt hinaus wirksam und lebendig gewesen. So setzt etwa der Überhang an Austritten gegenüber den Eintritten erst nach 1962 ein; die Kirche erreichte nach ihrer eigenen Statistik im Jahr 1966 mit 406 880 Personen ihren höchsten Stand an Mitgliedern. Hatte dieser bis dahin ständig zugenommen, setzte nun ein Reduktionsprozeß ein, der bereits auf 1967 hin zu einer Verringerung um mehr als 2 000 Personen führte. Dennoch dürfte eher die Zeit um 1960 als das Ende dieser ersten Periode anzusehen sein – und da paßt dann das Protestantengesetz von 1961 durchaus als ein äußerlich krönender Abschluß dazu.

Nun aber soll in einzelnen Punkten etwas von den Faktoren aufgezeigt werden, die in dieser ersten Periode die Geschichte wirksam bestimmt haben.

a) Die Ausgangssituation war durch die Verwüstungen des Krieges und seines Endes bestimmt. Sie waren in den einzelnen Regionen unterschiedlich deutlich, sie betrafen aber – nicht nur wegen der Etablierung eines neuen (alten) Staates – alle Formen kirchlicher Arbeit und alle Gemeinden. Diese Ausgangssituation bestimmte denn auch wegen ihrer Verschiedenheit die zunächst doch differente Entwicklung. Dabei spielten die äußerlichen Faktoren (Besatzungszonen, Ernährungssituation, kriegsbedingte Zerstörungen, Personalsituation) ebenso eine Rolle wie die innere Situation, also die Stellung von Pfarrer und Gemeinde zur Ideologie des Nationalsozialismus, der Patriotismus, die Zusammensetzung der Gemeinde u.a.m.

b) Man war in der Kirche – wie überall – entschlossen, das Zerstörte wieder aufzubauen. Das ging in der Kirche nach drei Richtungen hin vor sich: Es ging zunächst um die Erneuerung bzw. Wiedereinrichtung der Strukturen. Sodann ging es um die Reparatur bzw. Erneuerung der zerstörten Gebäude und deren Einrichtungen. Und schließlich ging es um die Bildung eines neuen evangelischen Bewußtseins. Dabei war es bezeichnend, daß die Anfänge dieses Wiederaufbaus keineswegs zentral gesteuert wurden. Es waren vielmehr lokale Initiativen, die zunächst wirksam wurden. Es war auch in der Kirche, und zwar bis hin zur Gottesdienstplanung und seiner Gestaltung die Zeit der Improvisation.

c) Daneben gab es – lokal, regional und gesamtkirchlich – Bemühungen, neue Anfänge zu setzen. Vieles sollte nicht einfach in den Stand zurück versetzt werden, der vor 1938 gegeben war. Das betraf Verhältnisse, die von außen aufgenötigt wurden, ebenso wie die Frage des Ersatzes für das seinerzeitige kirchlich Vereinswesen. Die Neuanfänge, unter denen die der Jugendarbeit, des Pressewesens und des „Hilfswerkes“ herausragen, erfolgten unter dem Vorzeichen der Verkirchlichung dieser Arbeitsformen. Dabei konnte man an Strukturen anknüpfen, die in der Zeit des Dritten Reiches geschaffen worden waren, vermochte aber nunmehr die Zwänge und Behinderungen abzustreifen, die damals derartigen Arbeiten auferlegt waren.

d) Die Frage der Schaffung eines neuen Bewußtseins, was denn „Evangelisch in Österreich“ sei und bedeute, war schwierig. Sie war mit der Auseinandersetzung über die Frage des Deutschtums, also der Nation verbunden, aber auch mit der Frage der Einsicht in eingenes früheres Fehlverhalten. Daß die Bereitschaft zur Buße auch in kirchlichen Strukturen nicht als selbstverständlich angenommen werden darf, zeigen manche Vorgänge in den Jahren 1944 bis 1947. Es waren Bischof D. Gerhard May und Kirchenrat (dann Superintendent) Georg Traar, die – neben manchen anderen – versuchten, ein solch neues Bewußtsein, das frei von Ideologie und irgendwelchen „Ismen“ sein sollte, zu erwecken.

e) Dabei erwiesen sich die Problemkreise der Ausbildung eines neuen Verhältnisses zum (österreichischen) Staat, zur Politik, sowie zum Inhalt und Auftrag der kirchlichen Arbeit als besonders schwierig. Allein schon die Frage, ob Pfarrer weiterhin verpflichtet sein sollten, österreichische Staatsbürger zu sein, sorgte durch viele Jahre für Diskussionen. Die Frage eines Loyalitäts-Reverses und das Problem einer politischen Betätigung von geistlichen Amtsträgern wurde heftig erörtert. Den schlechten Erfahrungen mit einem vergangenen politischen Engagement entsprach es, wenn ein Rückzug aus allen politischen Betätigungen und Verflechtungen gefordert wurde.

Dabei tauchte für eine Weile das alte Problem aus der Zeit der Ersten Republik wieder auf, in welchem politischen Lager der österreichische Protestantismus seine Heimat haben könne. Die Überwindung alter Denkstrukturen erwies sich als schwierig, ebenso die Frage nach der Wiederaufnahme jener, die vor 1945 aus ideologischen Gründen aus der Kirche ausgetreten waren.

f) Die Entnazifizierung, die von den siegreichen Mächten angeordnet und von den staatlichen Organen vollzogen wurde, verschonte die evangelischen Gemeinden in einer eigentlich überraschenden Weise. Freilich war die Form, in der diese Maßnahmen geschahen, nicht eben dazu geeignet, tatsächlich eine innere Überwindung älterer Positionen zu ermöglichen. Der Bericht, den der Oberkirchenratspräsident Dr. Heinrich Liptak vor der Synode 1947 gab, klammerte diese Fragen dann auch weithin aus. Immerhin verlangte die Synode, daß Bischof D. Gerhard May auf der nächsten Session (1949) einen ergänzenden Bericht liefern sollte, der die Fragen rund um die Bewußtseinsbildung zum Gegenstand habe.

g) In den Gemeinden standen anscheinend andere Fragen im Vordergrund, die sich aus finanziellen Problemen, der Schaffung von Räumen für die kirchliche Arbeit, der Sammlung der Gemeindeglieder (zum Teil einfach deren Erfassung), die Linderung der Not, auch durch Verteilung von Hilfsgütern, die Integration von Menschen, die aus allen möglichen Gegenden durcheinandergewürfelt worden waren und nunmehr in beengtesten Wohnverhältnissen zu leben hatten (Evakuierung vor den Bombe, Vertreibung, Flucht, zerstörte Wohnungen), ergaben.

h) Das Personalproblem erwies sich anfänglich als besonders schwierig. Einerseits waren Pfarrer geflüchtet oder noch wegen ihres Kriegsdienstes abwesend (Gefangenschaft, Unmöglichkeit, die Besatzungszone zu wechseln, u.a.), andererseits gab es „Flüchtlingspfarrer“, und zwar an manchen Orten in einem sehr gehäuften Maße, die sich teils mit eigenen „Gemeinden“, teils alleine niedergelassen hatten (eingewiesen worden waren). Dazu kam die Ungewißheit über das Schicksal gar manchen Pfarrers (vermißt, verschleppt, ...). Das machte zahlreiche organisatorische Maßnahmen der Kirchenleitung notwendig, die z.T. aber nur langsam, etwa nach der Todeserklärung eine Vermißten, erfolgen konnten, insgesamt aber viel Unruhe in die Kirche brachten.

Erst gegen 1950 klärten sich die Verhältnisse, weil Klarheit über die Gekommenen, die verloren Gegangenen, die Bleibenden und die wieder Abgezogenen erlangt worden war, weil das kirchliche Finanzsystem einigermaßen zu funktionieren begann, weil die Staatsbürgerschaftsfragen geklärt werden konnten (wenigstens in vielen Fällen).

i) Die gesamtkirchlichen Finanzen waren ein weiterer Stolperstein. Nachdem es während des Krieges gelungen war, die vom Staat erzwungene Umgestaltung des Finanzsystems (Besoldung der Pfarrer durch eine zentrale Kasse) einigermaßen zu meistern, wobei dabei verschiedene Gründe zum Tragen kamen (neben Unterstützungen in bescheidener Form durch die Kanzlei der DEK war es auch die Tatsache, daß zahlreiche Absolventen der Theologie vor der Anstellung als Pfarrer bereits zum Militärdienst eingezogen wurden, u.a.m.), spitzte sich angesichts der Geldentwertung nach 1945 (Währungsreform) die Lage zu. Man entschied sich zwar grundsätzlich dafür, die Pfarrer nach dem Schema der Gymnasiallehrer zu besolden, war aber lange Zeit hindurch nicht in der Lage, dieses tatsächlich zu erreichen. Darum gab es dauernde Beratungen und Umstellungen im Finanzsystem (Einführung von Einhebegebühren für Gemeinden, die ab 1949 die Kirchenbeiträge selbst vorschrieben und einhoben). Das beschäftigte nicht nur die Verantwortlichen, sondern wirkte sich sehr wohl auf das kirchliche Klima insgesamt aus.

j) Dabei war in verschiedenen Gebieten die wichtigste Aufgabe der Kirche die Betreuung und allmähliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Dies wurde zunächst im Alleingang begonnen, dann mit massiver Hilfe des Lutherischen Weltbundes weitergeführt. Hier zeigten sich Findigkeit, die auch bei der Gründung einer Siedlungsgenossenschaft zum Ausdruck kam, Engagement und Einsatz. Diese Vorgänge sind bisher eher lokal untersucht worden – nur wenige gesamtösterreichische Darstellungen gibt es. Aber aus allen geht hervor, daß dies durch viele Jahre eine der wichtigsten Aufgaben für die Kirche geblieben ist.

k) Sie erforderte auch eine allmähliche Ausweitung der kirchlichen Organisation. Flüchtlinge und Vertriebene wurden in Gegenden eingewiesen, wie etwa das Innviertel, wo es vordem so gut wie keine Evangelischen gegeben hatte. Das bedingte die allmählich Gründung von Pfarrgemeinden. Damit aber war die Ausweitung der Zahl der Pfarrstellen verbunden. Geistliche gab es dafür vorerst durchaus in genügender Anzahl. Die weiteren Basisstrukturen in anderer Hinsicht (Religionsunterricht, Gemeindesäle) wurden jedoch erst allmählich geschaffen. Das war möglich, weil sich – wie schon erwähnt – die Zahl der Evangelischen in Österreich ständig erhöhte. Für 1948 wurde eine Zahl von rund 360 000 Evangelischen angenommen – das war doch deutlich mehr als 1934 (308 000).

l) In einigen Orten entstanden – auch in Wiederbelebung seinerzeit geschlossener evangelischer Ansiedlungen in Südosteuropa – evangelische Siedlungen, in deren Mitte sich die Kirche erhob. Es war eine zunächst bewunderte, später nicht selten problematisch gewordenen Bemühung um Erhaltung volkskirchlicher Traditionen, in denen Soziales, gegebenenfalls sogar Nationales (Regional-Stämmisches) und Kirchliches auf das engste miteinander verbunden sein sollten. Darin zeigte sich aber doch eine weithin immer noch vorhandene Erwartung, die die Zukunft der Kirche und des österreichischen Protestantismus betraf. Man war zwar vom Optimismus der „Los von Rom“-Zeit weit entfernt, sah sich aber jetzt doch in einer vordem nicht gekannten Situation. Diese ergab sich aus zwei Gegebenheiten. Trotz einer kurzzeitigen Behaftung mit dem Vorwurf, eine Nazi-Kirche gewesen zu sein, wurde die evangelische Kirche (nicht zuletzt im Schlepptau der Anerkennung der römisch-katholischen Kirche) von der Öffentlichkeit akzeptiert und als Institution wahrgenommen, ohne daß das in Verbindung mit einer politischen Ideologie oder einem weltanschaulichen Streit geschah. Und zum anderen sah man, daß sich die Diasporakirche in weiten Gebieten zu einer Volkskirche ausgewachsen hatte. Das war neu, führte jedoch auf weiten Strecken zu einer deutlichen Verkennung der wirklichen Situation.

m) So war denn auch die Verkündigung in hohem Maße eher durch eine traditionelle und restaurative Art als durch neue Orientierungen gekennzeichnet. Es darf durchaus als bezeichnend angesehen werden, daß Barmen (und die Barthsche Theologie) nur zögernd oder gar nicht zu Kenntnis genommen wurden. Die theologische Entwicklung, die sich seit der formgeschichtlichen Schule und der Dialektischen Theologie ergeben hatte, aber auch in Diskussionen wie jener um die Entmythologisierung ihren Niederschlag gefunden hatte, wurde abweisend notiert oder verdrängt. Die Überbelastung der Pfarrer bot einen guten Grund dafür, daß sich diese eben nicht zu sehr in die theologische Diskussion einließen. Die Pfarrerfortbildung, die sehr wohl ein Anliegen von Bischof D. May war, vermochte dabei nicht grundsätzlich etwas zu ändern, und zwar schon deshalb nicht, weil sie eher traditionell konfessionalistisch ausgerichtet war. Das aber blieb nicht ohne Folgen für die Art und den Inhalt der Verkündigung.

n) Es war auch beachtlich, daß nach den unionistischen Tendenzen in der Zwischenkriegszeit nunmehr neue konfessionalistische Töne bemerkbar wurden, und zwar nicht zuletzt im Blick auf finanzielle Unterstützungen der reformierten Gemeinden aus Holland und der Schweiz, aber keineswegs nur deshalb. Der „Ertrag des Kirchenkampfes“ wurde nämlich in Österreich eher in dieser Richtung, das heißt als „Rückgewinnung“ des Bekenntnisses gesehen. Wie weit sich das allerdings im Bewußtsein der Gemeindeglieder bemerkbar machte, wäre noch zu untersuchen.

o) Das in den Jahren nach 1934 etwas ausgebaute evangelische Schulwesen kam nach 1945 nicht wieder zur Errichtung. Die Kirche entschied sich für die öffentliche Simultanschule mit christlicher Basis. Darum kam es nur in Wien zur Errichtung der evangelischen Lehrerbildungsanstalt und da und dort zur Etablierung von Fachschulen.

Diese waren vor allem im Bereich der Hauswirtschaftslehre, der landwirtschaftlichen Ausbildung und dann im Umkreis der Diakonie angesiedelt, doch wuchs ihre Zahl erst später an. Hingegen gab es eine ganze Reihe von Internaten, die als Wohnmöglichkeit für Schüler(-innen) aus der Diaspora gedacht waren, die irgendwelche berufsbildenden oder höheren Schulen besuchen wollten.

p) Wesentlich war die Ausweitung der diakonischen Aktivitäten. Auch wenn das eher nach den sich bietenden Gelegenheiten denn nach einem wohlüberlegten Plan geschah, war es doch beeindruckend, was da an Arbeit geleistet wurde. Vor allem die Region in und um Wien, die ja nur begrenzt zu den traditionellen Pflögstätten der Diakonie gehört hatte, ist damals mit einer Reihe von Altenheimen versorgt worden. Natürlich war die Arbeit an Waisen nur mehr wenig wichtig; das alte Wiener Waisenhaus in Hütteldorf wurde zum Wohnsitz des Bischofs, die Nebengebäude boten

einer neu gegründeten Pfarrgemeinde Raum. Rückläufig war auch die Tendenz bei den gemeindegebundenen Pflege- und Diakonissenstationen, und zwar schon deshalb, weil sich allmählich das Ende der Diakonissen abzuzeichnen begann.

q) Nach einigen Anlaufschwierigkeiten (Besetzung der vakanten Lehrstühle) konnte auch die theologische Fakultät ihre Aufgabe wieder zu erfüllen beginnen. Nach wie vor umfaßte sie sechs Lehrstühle, von denen die neu zu besetzenden mehr und mehr wieder von Deutschen besetzt wurden. Dabei kam es zunächst zu keiner Schulbildung oder zur Fixierung auf eine bestimmte theologische Schule. Die Zahl der Studenten nahm zu, so daß in den Jahren nach 1950 die Kirchenleitung eher besorgt die Frage einer möglichen Verwendung der Absolventen überlegte – es ist dann ganz anders gekommen.

Die Frage der wissenschaftlichen Qualität der Ausbildung begann sich zeitweilig zu stellen, konnte aber – wenigstens zum Teil durch die Berufung neuer Professoren – insgesamt abgewehrt werden. Zwischen 1951 und 1956 sind die letzten Männer emeritiert worden, die durch eine lange Zeit das Antlitz der Fakultät geprägt haben (Bohatec, Wilke, Entz).

r) Die Erarbeitung einer neuen kirchlichen Rechtsordnung band zunächst verhältnismäßig viele Kräfte. 1949 trat die neue Kirchenverfassung in Kraft, die zwar die alten Grundsätze beibehielt, aber durch die Einfügung des episkopalen Elements an der Kirchengspitze A.B. und durch die deutlichere Trennung der Kirchen A.B. und H.B. doch eine ganze Reihe von Neuigkeiten brachte. Zusammen mit den seit 1939/40 gegebenen Entwicklungen leitete sie eine Phase der Verkirchlichung, der Klerikalisierung ein, gegen die sich zwar hie und da Widerstand regte, die aber doch über die erste Periode hinaus anhielt.

Im Jahr 1950 folgten dann weitere grundlegende Gesetze, die die Tendenz der Kirchenverfassung bestätigten (Disziplinarordnung, Ordnung des geistlichen Amtes). Es war für die Situation der Kirche bezeichnend, daß trotz umfangreicher Diskussionen ein recht enger Kreis die Endfassung dieser Gesetze erarbeitet hat.

Damit konnte man innerkirchlich die Frage nach der Ordnung der Kirche lösen, wobei ohne direkte Bezugnahme auf Barmen doch wesentliche Elemente des „Ertrags des Kirchenkampfes“ in die Gestaltung eingeflossen sind. Die Diskussion wurde nicht zuletzt vom Bischof gesteuert, der auf zahlreiche Arbeiten zur Neugestaltung der deutschen Landeskirchen hinwies, wobei das Werk Hans von Sodens' besondere Beachtung fand.

s) Die Stellung der Kirche in der Ökumene und im Lutherischen Weltbund war von Anfang an durchaus beachtlich. Nicht nur, daß an verschiedene Beziehungen aus der Zeit vor dem Kriege angeknüpft wurde, nicht nur, daß es Hilfe aus dem kirchlichen Bereich für Österreich gegeben hat, es war auch so, daß ganz bewußt die Beziehungen gepflegt wurden, die einer Diasporakirche zu größerem Horizont verhelfen sollten. Neben Bischof D. May waren es vor allem der schon erwähnte Superintendent Georg Traar und der Kirchenrat DDr. Franz Fischer, die in dieser Hinsicht bedeutsam wurden. Von der Fakultät war es immer noch Prof. Dr. Gustav Entz (bis gegen 1955).

t) Es zeigte sich, daß die Jahre zwischen 1950, in denen die unmittelbaren Nachkriegsauswirkungen beseitigt waren, und 1960 in vieler Hinsicht einen Aufschwung in der Kirche brachten; das galt vom Kirchenbau ebenso wie von den einzelnen Arbeitsformen. Bei der Gründung des Österr. Bundesjugendringes war das Evang. Jugendwerk die sechstgrößte Jugendorganisation des Landes. Auch der innere Zusammenhalt des Protestantismus schien gefestigt, die Gemeindebezogenheit des kirchlichen Lebens schien – auch ohne große Verbände – einer gesamtkirchlichen Orientierung Platz gemacht zu haben.

Erst gegen Ende zeichnete sich – auch mit dem Ausscheiden einer ganzen Generation von Mitarbeitern – ein allmähliches Abbröckeln ab. Es war vermutlich auch dadurch bedingt, daß nach dem Kriege viele der alten Frömmigkeitsformen (Hausandacht) nur mehr bedingt, also kaum mehr für die jüngere Generation in Betracht kamen. Der Traditionsbruch, der in vielen Gegenden in den Jahren zwischen 1933 und 1938 eingetreten war, begann sich jetzt voll in dieser Hinsicht auszuwirken.

u) Gottesdienstliche Fragen wurden eher in traditionellem Rahmen entschieden. Im Jahr 1949 beschloß die lutherische Synode die seit 1931 gültige Gottesdienstform, die der bayrischen und der preußischen Agende aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert nachgebildet war, in nur wenig modifizierter Form weiter zu belassen. Das geschah auch noch, als 1960 das Evang. Kirchengesangbuch das alte, von 1921 stammende österreichische Gesangbuch ersetzt hatte. So ergaben sich – auch

wegen des recht umfangreich ausgefallenen Österreich-Teiles zum EKG – kaum Gründe, die bisherigen Formen des Gottesdienstes zu ändern.

Das bedeutete, daß die an sich schon bisher nur von wenigen betriebene Beschäftigung mit liturgischen Fragen auch weiterhin ausblieb.

Hingegen beschäftigte man sich – schon wegen der „Bewältigung“ des Erbes aus der Kriegszeit – mit der Frage der Ordination von Frauen, ohne daß freilich zunächst ein Durchbruch erreicht werden konnte. Anders als beim Stimmrecht in den Gemeinden, das den Frauen 1949 in der Kirche A.B. zuerkannt wurde (die Kirche H.B. folgte erst 1957), waren Frauen im geistlichen Amt nur als nicht ordinierte Vikarinnen einsetzbar.

v) Seit 1947 beschäftigte die Kirche – genauer gesagt alle, die in ihr Verantwortung trugen – die Frage der Neuregelung des Verhältnisses zum Staat und die Bestimmung der staatskirchenrechtlichen Position. Diese wurde aber von staatlicher Seite an die Diskussion über die Geltung des Konkordates von 1933/34 geknüpft und blieb bis nach Abschluß des Staatsvertrages von Wien 1955 ohne direkte Behandlung. Erst dann begann die Diskussion und allmählich die Formulierung des Gesetzestextes, wobei die staatskirchenrechtlichen Vorstellungen des Unterrichtsministers Dr. Heinrich Drimmel von entscheidender Bedeutung waren. Ihm gelang es, im Jahr 1961 das „Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evang. Kirche in Österreich“ zur Verabschiedung zu bringen, das deutlich den Stempel seiner Position trug. Es blieb bei einer gesetzlichen Regelung; eine solche durch Vertrag schlossen die Verfassungsjuristen aus. Das Gesetz blieb auch im Zusammenhang mit der Planung einer vollständigen Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und den Religionsgesellschaften (Kirchen) fast ein Einzelstück. Die Umgestaltung der politischen Landschaft sowie Widerstände verschiedenster Art ließen eine weitergehende Verwirklichung des Drimmelschen Ansatzes nicht zu.

## *II. Eine Zeit des Überganges*

Die Sechzigerjahre stellten gesellschaftlich wie kirchlich eine Periode des Überganges dar. Auf die sich ausbreitenden Ermüdungserscheinungen wurde bereits hingewiesen. Das gesellschaftliche und geistige Klima begann sich zu ändern, die Gegensätze, die in den Jahren des „Aufbaus“ eher zurückhaltend angesetzt wurden, traten nunmehr stärker hervor. Das blieb alles nicht ohne Auswirkungen auf die Position und das Selbstverständnis der Kirche, die nun eben mehr als zehn Jahre ihre neue Ordnung erhalten hatte, von der man sich – etwa unter dem Stichwort der „geistlichen Leitung“ – vieles erhofft hatte, das dann natürlich nicht in dem erwarteten Maße gehalten werden konnte. Dazu kam, daß die Generation, die den Aufbau getragen hatte, allmählich ermüdete oder überhaupt in den Ruhestand trat.

a) Bei den Einsichtigen trat diese Erkenntnis schon zu Tage. So hat der Bischof im Sommer 1962 als Thema der Hausarbeit für das Examen pro ministerio „Die Krise der Volkskirche“ gegeben. Andere Einrichtungen (Bildungswerke) setzten Preisaufgaben aus. Insgesamt zeigte sich aber, daß das Instrumentarium, mit dem man die „Krise“ zu bewältigen suchte, nicht ausreichte, und zwar schon deshalb nicht, weil ihre Gründe nicht so sehr ekklesiologisch-theologisch, als vielmehr soziologisch waren. Zudem stellte sich angesichts der nur allmählich spür- und sichtbar werdenden Wirkungen für viele die Frage, ob es sich nicht nur um einen kleinen Einbruch, keineswegs jedoch um einen durch mehrfachen Paradigmenwechsel gekennzeichneten Situationswechsel handelte. Es war eben nicht allgemeine Überzeugung, was der Bischof in einem seiner letzten Amtsbrüderlichen Rundschreiben so ausdrückte: Die Fassade der Volkskirche steht noch, dahinter aber sind die Wohnenden im vollen Auszug.

b) Innerkirchlich traten mehr und mehr Gegensätze hervor. Diese hatten ihre tiefsten Ursachen wohl darin, daß diejenigen, die vorzugsweise die Leitungsfunktionen innehatten, meinten, daß durch ein festeres Zusammenschließen der Kirchentreuen (man beachte die Aussagen der damaligen kirchensoziologischen Untersuchungen!), also durch Abstoßen der übertrieben progressiven Meinungen und durch Bewahrung der guten protestantischen Traditionen eine weitere gedeihliche Entwicklung herbeigeführt werden könne, während andere, vorwiegend Jüngere, meinten, daß eine Öffnung zu einer gewissen Pluriformität und theologischen Pluralität bei der Bewältigung der Entwicklung hilfreich seien. Die Jüngeren verwendeten dann bestimmte paragemeindliche Arbeitsformen, wie etwa das Jugendwerk, als Lobby für die Durchsetzung ihrer Ansichten, was diese Einrichtungen in Auseinandersetzungen mit der Kirchenleitung und Synode führte. Die Evangeli-

sche Akademie, die Missionsarbeit, die Stellung zum Ökumenischen Rat und zu dessen Anti-Rassismus-Programm stellten weitere Konfliktpunkte dar, wobei man weithin versuchte, derlei Meinungsunterschiede durch kirchenrechtliche Maßnahmen zu bewältigen, was nicht unbedingt zur Verbesserung des gesamtkirchlichen Klimas führte.

c) Wesentlich wurde auch der Mangel an Theologen. Hatte die österreichische Kirche auch bisher (seit dem Toleranzpatent) ihren Nachwuchs an Geistlichen nur zu einem bestimmten Teil selbst zu finden vermocht, so war das doch weithin durch den Zuzug aus anderen deutschsprachigen Regionen (Ländern des Deutschen Reiches, Ungarn, ...) ausgeglichen worden. Die aus Ost- und Südosteuropa vertriebenen deutschsprachigen Geistlichen hatten nach 1945 noch einmal eine große Welle an neuen Amtsträgern ins Land gebracht. Pensionierungen, die Ausweitung der kirchlichen Organisation (1962/63 wurden vorerst die letzten Pfarrgemeinden gegründet) und andere Gründe führten dazu, daß eine überraschend große Zahl von Stellen nicht mehr besetzt werden konnte. Was zunächst auch nur als eine vorübergehende Erscheinung angesehen wurde, weil man hoffte, daß doch bald wieder deutsche Theologen nach Österreich kämen, erwies sich in der Tat als eine bestimmende Erscheinung für die nächsten dreißig Jahre.

d) Zugleich wandelte sich allmählich das Erscheinungsbild der Theologen. Das blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Gemeinden und deren Gestalt. An die Stelle der pragmatischen Gemeindebezogenheit der Arbeit in den traditionellen Strukturen versuchte man da und dort – freilich mit nicht immer befriedigendem Erfolg – andere Formen zu setzen. Aber weder die Kirchenreformbewegung Deutschlands mit den Versuchen, Paragemeinden aufzubauen, die nicht mehr territorial bestimmt waren, noch auch die Rezeption der Ergebnisse der kirchensoziologischen Forschung ist dabei gelungen.

e) Vielmehr stand man den Austritten, die zum ersten Mal ohne eine Propaganda für das Verlassen der Kirche einsetzten, hilflos gegenüber. Es waren mehrere Gruppen, die nach und nach die Kirche verließen. Zum einen waren es Personen, die nach 1934 in die evangelische Kirche eingetreten waren, in ihr aber nicht heimisch geworden waren und nunmehr in ihrem Alter die frühere geistliche Heimat wieder suchten. Sodann waren es Menschen, die von der neuen Attraktivität der römisch-katholischen Kirche, zum Teil auch in Verbindung mit der Eheschließung angezogen wurden. Und dann begann ein langsamer Zug in die Konfessionslosigkeit, der von Jahr zu Jahr stärker wurde. Äußerliche Gründe (Kirchenbeitragsprobleme) waren in der Regel die unmittelbar zum Austritt führenden Anstöße, in Wirklichkeit bestand schon lange keine Bindung mehr an die evangelische Kirche. Und nunmehr meinte man, auch ohne Zugehörigkeit zur Religion (und einer weltanschaulich bestimmten Gruppe) leben zu können.

f) Das deckte sich mit der immer deutlicher werdenden Entideologisierung der politischen Landschaft. Hier war Pragmatismus angesagt. Die ersten Weichen zur Revision der Parteiprogramme wurden gestellt. Damit wurde der Stellenwert von Überzeugungen geringer. Für die Minderheitskirche trat als Problem die im Gefolge des Vaticanum II erfolgende Öffnung des Katholizismus hinzu. Daraus ergab sich für viele die Frage, warum man eigentlich noch die Mühsal der Zugehörigkeit zu einer Diasporakirche auf sich nehmen sollte.

g) Diese Frage wurde umso brennender, als es sichtlich nicht gelang, ein neues Bild evangelischer Identität aufzubauen. Die alten, mit antikatholischen Affekten beladenen und von nationalen Motiven gespeisten Überzeugungen, die bis in die Geschichtsschreibung hinein gewirkt hatten und diese als Mittel der Bewußtseinsbildung nutzten, waren im Verblässen. Was aber war nunmehr als evangelisch zu bezeichnen? Verkündigung und Erscheinungsbild der Kirche gaben darauf keine derart schlüssige Antwort, daß sie gehört und akzeptiert wurde. Vielmehr setzte sich die Überzeugung von der tatsächlichen Einheit der Christenheit an die Spitze einer Strömung, die die offiziellen kirchlichen Kontakte zwischen den Kirchen zu überspülen drohte. Die ökumenische Öffnung, die angestrebt worden war, behinderte eindeutig die Ausbildung eines Bildes evangelischer Identität.

h) Die finanzielle Lage hatte sich vorerst einmal – vielleicht auch auf Kosten der unbesetzten Pfarrstellen – stabilisiert, zumal ja auch die inflationäre Bewegung zum Stillstand gekommen war und daher die Vorschreibung der Kirchenbeiträge die Chance bekam, allmählich die Schere zwischen der Geldentwertung und dem Aufkommen zu schließen. Dazu kam eine durchaus zu Unterstützungen (für Bauten) bereite Öffentlichkeit sowie mancherlei Hilfe aus dem Ausland. Diese kam nun wieder mehr den Strukturen als Einzelpersonen zugute. Dazu kam, daß die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, einschließlich jener, die 1956 Ungarn verlassen hatten, weithin als

abgeschlossen gelten konnte. Das bedeutete, daß dafür keine besonderen Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden mußten.

In der Diakonie begann freilich eine Entwicklung, die die einzelnen Anstalten immer mehr von der öffentlichen Finanzierung abhängig machte. Der Wert der Mitgliedsbeiträge und Spenden sackte gegenüber den Leistungen der Krankenkassen und Länder auf marginale Werte ab (einzelne Ausnahmen bestätigten die Tendenz).

### *III. Konflikte und Probleme*

Mit dieser Übersicht kann man die Jahre bis gegen 1980 wohl am besten bezeichnen. Zum einen setzten sich die in der Übergangsperiode gegeben gewesenen Tendenzen und Erscheinungen fort, zum anderen traten andere hinzu, die die Situation immer weniger positiv gestalteten. Und je mehr man meinte, zu halten, was man erreicht habe, desto mehr begann das Abbröckeln.

a) Die Verrechtlichung in der Leitung und Gestaltung der Kirche trat immer deutlicher hervor. Gründe dafür gab es genug. Einerseits war die parallele Entwicklung im Staat nicht zu verkennen, zum anderen suchte man im Recht Schutz vor angeblicher oder wirklicher Willkür der Kirchenleitung (Bischof und Oberkirchenrat), und zum dritten war diese der Meinung, daß Konflikten am besten durch eine klare Regelung der Situation begegnet werden könne. Natürlich kam dazu, daß an den bestehenden Rechtsordnungen Kritik geübt wurde, weil man die mit ihnen verbundenen Absichten nicht oder nicht mehr erreichen konnte, und natürlich ergab sich ein Änderungs- und Regelungsbedarf auf Grund der anders gewordenen Gegebenheiten und Bedürfnisse.

Als besonderes Beispiel für die Versuche, durch neue Regelungen eine Verbesserung der Situation herbeizuführen, darf die Kirchenbeitragsordnung genannt werden, die in dieser Zeit so gut wie laufend novelliert oder neu gefaßt wurde, ohne daß sie den wirklichen Anliegen zu entsprechen vermocht hätte. Aber das lag nicht nur in der durchaus nicht immer einwandfreien Qualität der Ordnung, sondern in dem Problem der Kirchenbeitragseinhebung überhaupt.

b) Theologisch war die bereits früher getroffene Entscheidung, Absolventen kirchlicher Ausbildungsstätten nichtuniversitärer Art in den Pfarrdienst aufzunehmen, deshalb von Folgeschwere, weil es sich dabei nicht selten um Männer handelte, die neupietistischen Strömungen zugehörig waren. Nunmehr traf man auch noch die Entscheidung, Absolventen einer „freien Theologischen Akademie“ in der Schweiz aufzunehmen, und zwar – entgegen manchen Beteuerungen – als den Absolventen der theologischen Fakultäten gleichberechtigt, wobei diese Akademie eindeutig von fundamentalistischen Kreisen getragen wurde. Damit bekam der traditionelle Pietismus in einigen Teilen der Kirche eine neue Färbung, die allmählich deutlich wurde.

Auch von daher wurde die Frage nach der lutherischen Identität in Zweifel gezogen beziehungsweise in eigenartiger Weise aufgelöst. Independentistische Züge, die den lutherischen Kirchenbegriff nicht mehr zu akzeptieren bereit waren, traten hervor, die Abgrenzung gegen freikirchliche und sogar sektiererisch-fundamentalistische Gruppierungen wurde unscharf.

c) Dabei standen Teile der kirchenleitenden Institutionen dieser Entwicklung aus verschiedenen Gründen nicht ablehnend gegenüber. Zum einen gelang es damit, den geradezu drückend werden Pfarrerangel in Grenzen zu halten, zumal nicht wenige der auf diese Weise in der Kirche angestellten Amtsträger durchaus „missionarisches Bewußtsein“ bekundeten, zum anderen gab es auch Bewegungen in der Kirche, die sich im Sinne einer Gesellschaftstheologie vom hergebrachten Bekenntnis abzusetzen begannen. Da schien ein gewisser Schulterschuß nach der „rechten“ Seite noch immer angemessener zu sein als die Bereitschaft, der „linken“ Entwicklung, für die man die zeitgenössische Theologie (von Bultmann angefangen) als verantwortlich ansah, Raum zu geben. Man verwechselte dabei allerdings Kurzzeitwirkungen mit Langzeitwirkungen – die Öffnung gegen den Fundamentalismus hin brachte eindeutig die größeren Langzeitwirkungen.

d) Krisenerscheinungen wurden aber immer wieder auch durch finanzielle Probleme ausgelöst. Das betraf das Jugendwerk, das betraf die Diakonie (oder einige Teile davon), das betraf die Ausbildungsstätten für kirchliche Berufe, das betraf aber auch die Kirche A.B. insgesamt. Freilich war es so, daß man von Seite der Kirche den Werken, ihrem wirklichen Bedarf und ihrer Situation nicht immer genügend Aufmerksamkeit zugemessen hat, was dann diese partiellen Krisen auslöste. Das Jugendwerk mußte vor einer Konkurrenzsituation gerettet werden, wobei der landeskirchliche Zuschuß, der das bewirkte, an sich eher geringfügig war, aber doch Gelegenheit bot, die Eigen-

ständigkeit der kirchlichen Jugendarbeit schwer einzuschränken. In diesem Bereich kam es durchaus zur Ausbildung von Doppelstrukturen, was sogar wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde.

Die Verengung der landeskirchlichen Finanzsituation wurde als drückend empfunden, weil jede Beweglichkeit in der Haushaltsplanung verloren gegangen war.

e) Das wirkte sich auch auf eine der folgenschwersten Fehlentscheidungen aus, die in finanzieller Hinsicht getroffen wurde. Das hatte freilich eine wesentlich früher beginnende Vorgeschichte. Man war – wie alle anderen Kirchen, die altkatholische allein ausgenommen – über eigenes Ersuchen von der Neugestaltung der staatlichen Sozialversicherung ausgenommen worden, hatte also die Verpflichtung übernommen, die Pfarrerpensionen aus der kirchlichen Kasse zu bezahlen. Dann hatte man nach der Einführung der Bezahlung jenes Religionsunterrichtes, den Pfarrer erteilten, durch den Staat diesen die Möglichkeit gegeben, die für diese Entschädigung (Gehalt) anfallenden Sozialversicherungskosten selbst zu tragen – und damit eine zusätzliche Pension zu erwerben. Und nun scheiterte 1980 der lange vorbereitete Versuch, durch einen Einkauf der Geistlichen in die staatliche Pensionsversicherung einen Teil der das Budget belastenden Pensionen je länger desto mehr dem Staat als Verpflichtung zu übertragen, vordergründig an der schlechten finanziellen Lage. Lediglich die Kirche H.B. kaufte ihre geistlichen Amtsträger „ins ASVG ein“. So zahlt die lutherische Kirche Österreichs auf je S 100.-- an Aktivgehältern zwischen S 56.-- und 65.-- an Pensionen – und dabei ist die Tendenz durchaus steigend.

f) Der wahre Grund für diese Fehlentscheidung war aber das bei leitenden Persönlichkeiten vorhandene Mißtrauen gegen den Staat und dessen nunmehr sozialdemokratische Führung. Hier sind – nicht zuletzt aus persönlich-biographischen Gründen – Weichen gestellt worden, die sich nach 1985 deutlicher noch als vorher auszuwirken begannen und die Stellung der evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit nachhaltig beeinträchtigten. Eine Haltung, die jede Verantwortung für öffentlich relevante Themen vermissen ließ, verband sich mit einer immer deutlicher werdenden Distanzierung von staatlichen Einrichtungen. Daß das in den Diözesen nicht so mitgemacht wurde, erwies sich als positiv, konnte aber insgesamt angesichts des Überwucherns zentralistischer Ideen nichts Grundsätzliches ändern.

g) Mit dieser Distanzierung sollte auch ein deutlicher Graben zu jenen in der Kirche selbst gezogen werden, die sich gesellschaftspolitisch engagierten. Daß sie sich mancher Modelle des Marxismus als Koordinatensystem zur Deutung gesellschaftlicher Phänomene bedienten, war wohl durchaus willkommener Grund zu dieser Distanzierung. Sicher erfolgte dieses Engagement in einer nicht selten unerträglichen oder wenigstens unerträglich naiven Weise, betete man doch die „Tagesordnung der Welt“ nach, insgesamt führte die Reaktion darauf die Kirche in eine Situation, aus der heraus ihr Wort nicht mehr vernommen werden konnte, selbst wenn es einmal gesprochen wurde.

h) Dabei wäre es sinnvoll gewesen, dies zu tun, präsentierte sich doch der österreichische Katholizismus gerade in diesem Jahrzehnt als außerordentlich positiv zu wertende Größe. Die evangelische Kirche verschwand nicht nur wegen ihrer Kleinheit immer deutlicher in seinem Schatten. Die Verbesserung der Beziehungen bestimmter Teile der evangelischen Kirche zu den Freikirchen konnte das gewiß nicht aufwiegen. Die Beziehungen zum Katholizismus wurden merkwürdig mehrschichtig. Relativ guten Beziehungen der offiziellen Kirche, die auch durch eine steigende Bereitschaft zum Dialog und zu gemeinsamem Auftreten gekennzeichnet waren, stand immer noch ein sozialer Druck gegenüber, der zu einem Gefälle weg von der Minderheitskirche hin zur großen Kirche führte.

i) Auch wenn in den ersten Jahren des Jahrzehnts die Taufen gegenüber den Sterbefällen (Beerdigungen) noch überwogen, freilich in den meisten Regionen eine Verschiebung des Verhältnisses der Taufen aus den konfessionell gemischten Ehen zugunsten der katholischen Kirche unverkennbar wurde, so blieb doch die Zahl der Austritte deutlich über jenen der Eintritte. Man kann sagen, daß durch diesen Überhang jährlich rund 2 000 Menschen der evangelischen Kirche verloren gingen. Das ist immerhin ein halbes Prozent ihrer Mitglieder gewesen. Innerhalb der Kirche wurden lokale Verschiebungen sichtbar (Konzentration in Neubaugebieten, Wanderung in die Ballungsräume), denen so gut wie keine kirchlichen Vorkehrungen und Planungen gegenüber standen. Das Beharren auf dem Gemeindeprinzip zeigte hier in einer neuen Weise seine Problematik. Wenn man meint, daß sich erst eine Gemeinde bilden muß, bevor kirchliche Strukturen eingerichtet werden können, dann kommt es später erst sehr mühsam zu solchen Bildungen. Vor allem

ist die Frage der Deckung des voraus gegebenen Finanzbedarfes in der Kirche auf diese Weise nicht zu beantworten.

j) Es war eine Periode, in der sich eine gewisse Abkapselung der evangelischen Kirche in Österreich vollzog. Das betraf nicht nur das Verhältnis zur Öffentlichkeit, sondern auch zu den Einrichtungen der Ökumene. Das galt auch für die Auswahl von Pfarrern – viele junge Österreicher gingen ins Ausland – und betraf auch die theologische Arbeit. Es war wohl kein Zufall, daß die „Theologische Arbeitsgemeinschaft“ endgültig einging, die seit den Fünfzigerjahren mehr oder weniger erfolgreich, aber doch beharrlich versucht hatte, kirchliche Themen theologisch aufzuarbeiten. Auch die Kontakte zu den östlichen und südöstlichen Nachbarkirchen blieben auf regionale (diözesane) Aktivitäten beschränkt. Sicher war das auch durch die Person von Bischof Oskar Sakrausky bedingt, der von 1968 bis 1983 im Amt war. Er war aber durchaus auch repräsentativ für eine Gruppe von geistlichen und weltlichen Mitarbeitern, die das Erscheinungsbild der Kirche prägten.

#### IV. Neuanfänge und Abbrüche

Das sind wohl die Stichworte, unter denen die letzten eineinhalb Jahrzehnte, beginnend mit etwa 1980, gesehen werden können. Es begann mit den Bemühungen, durch kirchliche Feste und Jubiläumsfeiern so etwas wie ein evangelisches Profil zu entwickeln; es wurde dann jedoch eine Periode, in der zwar manches versucht wurde, von dem auch das eine oder andere gelungen ist, in dem aber durch einen gerade von der Öffentlichkeit und dem geistigen Klima her kommenden Paradigmenwechsel die Position der Kirche und des Protestantismus erheblich an Gewicht und Bedeutung eingebüßt haben. Dabei sind diese Entwicklungen noch lange nicht zum Ende gekommen; es zeichnet sich vielmehr gerade in der Gegenwart eine immer deutlicher werdende Kirchenfeindschaft in der Öffentlichkeit ab. Das geistige Klima ist eindeutig antichristlich und antikirchlich bestimmt. Auch wenn diese Feindschaft zunächst die römisch-katholische Kirche im Visier hat, so wirkt sie sich doch auch im Blick auf die evangelische Kirche negativ aus.

a) Die Erinnerung an die Erlassung des Toleranzpatentes von 1781 sollte zweihundert Jahre später Gelegenheit zu einer Präsentation der Kirche im Lande geben. Schon bei der Wahl des Mottos standen sich zwei Gruppen gegenüber: Der Bischof wünschte „Evangelisch in Österreich“, sein späterer Nachfolger trat für „Aus der Kraft des Evangeliums“ ein. In dieser scheinbar äußerlichen Differenz spiegeln sich indessen doch deutlich Unterschiede im Verständnis der Kirche und ihrer besonderen österreichischen Position. Ungeachtet dieser Unterschiede gelang es, ein wirklich eindrucksvolles Festjahr zu feiern, das bei vielen – zentralen, regionalen und lokalen – Veranstaltungen einen erheblichen Teil der Evangelischen in unmittelbare Berührung mit ihrer Kirche brachte, das aber auch in der Öffentlichkeit ein ansprechendes Bild kirchlichen Lebens vermittelte. Zwei Jahre später brachte das Luther-Jubiläum zwar keine Wiederholung dieser Veranstaltungen, aber doch eine vertiefte und verdichtete Besinnung auf lutherische Theologie und Frömmigkeit.

Es zeigt sich allerdings, daß diese Feiern, so eindrucksvoll sie auch waren, kaum Dauerwirkungen wie etwa die Erhöhung der äußeren Kirchlichkeit oder die Ausbildung einer neuen Identität mit sich brachten. Da waren andere, verborgene, aber stetig wirkende Einflüsse von erheblich größerer Bedeutung.

b) In diesen Feiern wurde begonnen, in vorsichtiger Weise auch wieder eine andere Stellung zum Staat aufzubauen. Der neue Bischof wurde auch unter dem Vorzeichen einer Öffnung gegenüber Ökumene, Lutherischem Weltbund und Staat gewählt. Freilich zeigte sich, daß die Situation eine andere geworden war – kirchliche Positionen konnte man in der Öffentlichkeit immer schwerer vermitteln. Da griffen auch die Bemühungen um die Erneuerung der kirchlichen Pressearbeit nicht oder nur wenig – immerhin gelang es, seit 1977 die Auflagenhöhe des kirchlichen Blattes (Die SAAT) annähernd auf gleicher Höhe zu halten (bis heute), die Zahl der Abonnenten des kirchlichen Pressedienstes sogar deutlich zu steigern. Die Öffentlichkeit nahm auch in regionalem Bereich nur in unterschiedlicher Weise die Arbeit der Kirche zur Kenntnis.

c) In der Kirche nahmen die Auseinandersetzungen zu, was zunächst durch eine Gruppenbildung verstärkt wurde. Die „Salzburger Gruppe“, die ein Anliegen (die Frage der Weisungsgebundenheit der geistlichen Amtsträger) weiterführte, suchte sich als Hort einer gesellschaftsoffenen Theologie zu etablieren. Mit dem Wechsel im Bischofsamt nahmen die Konflikte zwischen ihr und der Kirchenleitung ab. Dafür zeigte sich immer deutlicher, daß sich die fundamentalistischen

Gruppierungen in der Kirche sammelten und hervortraten. Freilich gab es auch da Unterschiede. Neben solchen, die bewußt die volksskirchliche Situation bejahen und dementsprechend Gemeinde auch in den traditionellen Strukturen bauen wollten, standen andere, die auf die Bildung von Gemeinden der Erweckten hinauswollten. Die Polarisierung wurde durch das Hereinreichen von charismatischen Bewegungen noch verstärkt. Von dieser Gruppe hielten etliche (auch Pfarrer) die Spannung zwischen Anspruch (Ekklesiologie) und Wirklichkeit (Volkskirche) nicht aus und verließen die evangelische Kirche, um eine Sondergruppe zu bilden.

d) Diese innerkirchlichen Gruppierungen fanden ihre Gegenüber in nicht wenigen freikirchlichen, allgemein christlichen Gruppen außerhalb der Kirche. Die Evangelische Allianz wurde ein Sammelbecken wenigstens eines Teiles derselben; die anderen waren sogar dafür noch zu intransigent. Viele aber versuchten unter Ausnutzung des Namens „evangelisch“ ihre Position zu finden und einen Eindruck zu erwecken, der ihrem Wesen eigentlich nicht entsprach. Es gelang nicht unbedingt, innerhalb der Kirche die Distanz, die in diesen Gruppen und Gemeinschaften notwendig sein dürfte, verständlich zu machen. Missionsversuche sind deutlich – nicht die Bekehrung der Ungläubigen, sondern das Abspenstigmachen kirchlicher Mitarbeiter ist in vielen Fällen die Tätigkeit dieser Gruppe.

e) Die Kirchenleitung versuchte, die Beziehungen zu anderen Kirchen auf eine geordnete Basis zu stellen. Dem diente ein Beschluß der beiden Synoden von 1988, in dem die Einladung zu ökumenischer Gastfreundschaft beim Abendmahl ausgesprochen wurde, ebenso wie Abkommen mit der altkatholischen und der Methodistenkirche über Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft. Freilich wird innerhalb der Methodistenkirche diese Sache eher bagatellisiert und in immer neuen Anläufen der Bruch des Namensmonopols „evangelisch“ zugunsten der Methodisten gefordert. Dadurch sind natürlich ältere Spannungen nicht beseitigt worden. Das Verhältnis zur katholischen Kirche wird durch den „neuen Kirchenkurs“, der in Österreich mit dem Papstbesuch des Katholikentages 1983 erstmals sichtbar wurde, in mancher Weise verändert, zum Teil auch belastet. Die spontane Offenheit verlagerte sich aus den offiziellen Begegnungen in lose Kontakte hinein. Die Besinnung auf das *Proprium catholicismi* (oder was eben dafür gehalten wird) läßt manches nicht mehr so zu, wie man es schon gewohnt war. Dagegen sind der evangelischen Kirche gegenüber jenen Katholiken, die von dem neuen Kirchenkurs betroffen sind, bestimmte Aufgaben der Stärkung zugefallen.

f) Bei den Angehörigen der evangelischen Kirche selbst kam es zur weiteren Reduktion der Kirchlichkeit. Die Beteiligung am kirchlichen Leben nahm vor allem im städtischen Bereich signifikant ab. Das ist aus den Konfirmationszahlen ebenso erkennbar wie aus den Daten des Gottesdienstbesuches. Die Zahl der Kommunikanten nahm nur deshalb zu, weil sich gegenüber einer liberal-rationalistischen Abendmahlsauffassung ein neues Verständnis von *communio* und Gottesdienst in den Vordergrund schieben konnte. Auch die Arbeit der kirchlichen Vereine verlor an Beteiligung, ohne daß die Zahl der Mitglieder direkt absank. Es stellte sich dieselbe Problematik heraus, die den Vereinen im säkularen Bereich erwuchs. Die Krise der sekundären Sozialstrukturen traf die Kirche in ihren verschiedenen Arbeitsformen wie andere Gruppierungen und Institutionen – weil sie aber an sich eine Minderheit darstellt und in weiten Teilen des Landes nur über wenige Angehörige verfügt, machte sich diese Entwicklung deutlicher bemerkbar.

Schlimmer aber dürfte sein, daß aus dem seinerzeitigen Generationenbruch, der die Frömmigkeitsformen betraf, nunmehr ein solcher Bruch wurde, der den Glauben und seine Inhalte selbst betrifft. Alle Bemühungen der kirchlichen Bildungsarbeit haben dagegen nicht geholfen. Und auch im ländlichen Raum, wo das Bekenntnis zu einer Kirche stets vor allem ein Stehen in einer Gemeinschaft bedeutet hat, konnte das Schwinden des Gemeinschaftssinnes nicht durch Vermittlung der Tatsache, daß Glaube zuerst ein persönliches Bekenntnis mit bestimmten Inhalten ist, wettgemacht werden. Die „Erfahrungsförmigkeit“, die die eigenen Gefühle unkontrolliert – und ohne sie an vorgegebenen Autoritäten zu messen – gelten läßt, beeinträchtigt die evangelische Identität auf das Schwerste.

g) Die Bemühungen, dagegen in theologischer Hinsicht etwas zu unternehmen, sind ohne deutliches Ergebnis verlaufen. Dabei kann nicht gesagt werden, daß die theologische Arbeit abgenommen hat. Es ist im Verlauf der Geschichte dieser Kirche vielleicht noch nie so biblisch gepredigt worden wie in den Jahren unmittelbar nach 1980 – derzeit scheint es sich wieder etwas mehr zu verlaufen. Es war die Predigt aber auch noch nie so wenig wirkungsvoll wie in der Gegenwart.

Das Verhältnis zwischen Kirche und theologischer Fakultät ist nach Jahren der Spannung wieder entkrampft und offen. Die Zahl der Theologiestudenten ist zwar nicht übermäßig groß, aber doch ansprechend, so daß – zusammen mit gewissen Zuzügen aus dem Ausland – mit einer Deckung des Personalbedarfes gerechnet werden kann.

Die Verbesserung der Situation war Anlaß dafür, daß gegen Ende der Achtzigerjahre die Ausbildung im Vikariat neu überlegt wurde. Es erwies sich eine teilweise Umstrukturierung als notwendig.

h) In der Kirche kam es zu laufenden Gegensätzen zwischen der Kirchenleitung und den Gemeinden, die unterschiedliche Wurzeln hatten, aber letztendlich die Spannung zwischen Gemeinde und Kirche im evangelischen Verständnis dokumentierten. Zentralisierungstendenzen, die sich aus der Professionalisierung der Arbeit ergaben, wurde entgegenzutreten versucht, ohne freilich die sachliche Qualifikation zu besitzen. Dafür gab es dann ausgesprochen ungeschickte Versuche der Kirchenleitung, bestehende, aber nicht mehr zeitgemäße Strukturen zu überwinden, was zu heftigen Reaktionen führte.

Die Aushöhlung christlicher Lebensformen traf auch die Pfarrerschaft. Das Problem der Berufstätigkeit der Ehegatten der Pfarrer, die Religionszugehörigkeit und die Ehescheidungen belasteten manche Gespräche.

i) Der Versuch, durch eine Verbesserung der rechtlichen Ordnungen diesen Problemen entgegenzuwirken, blieb weithin erfolglos. Dabei sind einzelne Ergebnisse dieser Arbeit, wie eine neue Disziplinarordnung, die verzichtet, bloß berufsständische Positionen zu behandeln, die also einem theologischen Begriff des „Amtes“ in der Kirche verpflichtet ist, durchaus beachtenswert.

Andere Überlegungen, wie eine Strukturplanung oder eine kirchliche Raumordnung, die Schaffung anderer Gemeinden als die der territorial gebundenen Parochialgemeinde, haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Das gilt auch bezüglich des Problems eines Pfarrerdienstrechtes, das staatlicherseits als privatrechtliche Regelung angesehen, in der Kirche aber durch einen einseitigen Kündigungsverzicht seitens der Kirche so etwas wie einen hoheitsrechtlichen Anstrich mit entsprechenden Verpflichtungen der Kirche hat.

j) In den letzten Jahren ist auch das zuletzt in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg zum letzten Mal kontrovers gewordene Problem des Verhältnisses der Kirche A.B. zur Kirche H.B. neu aufgebrochen, wobei wahrscheinlich neben persönlichen Gründen die unterschiedliche Notwendigkeit, zentrale kirchliche Dienste auszubilden, die bestimmte Fachbereiche abzudecken vermögen, als Ursache dieser Spannungen anzusehen ist. Die Problematik verschärft sich natürlich für die nur mehr rund 14 500 Angehörige zählende Kirche H.B., unter denen sich noch fast 6 000 Lutheraner befinden.

k) Angesichts der Tatsache, daß die volkskirchlichen Strukturen in der Diaspora weithin zerbröckeln, wären Überlegungen zur Neuausrichtung der kirchlichen Arbeit dringend und notwendig. Es ist die Frage, ob und in welcher Weise die bisherige Gestalt der Kirche und ihres flächendeckenden Angebotes in den herkömmlichen Strukturen aufrecht erhalten werden kann. Nicht nur von verschiedenen theologischen Standpunkten aus, sondern auch von einer phänomenologischen Betrachtung her wird es schwierig, den bisherigen Begriff der Volkskirche zu verteidigen und im kirchlichen Leben zu operationalisieren.

Freilich ist es noch gar nicht sicher, was an seine Stelle treten könnte und wie derzeit die Arbeit neu strukturiert werden sollte. So bleibt es doch dabei, daß man versucht, in die alten Schläuche neuen Wein einzugießen. Und dabei ist nicht sicher, wie dieser Wein wirklich ist. Manches wird als neu ausgegeben, was tatsächlich durchaus traditionell ist.

l) Ob die Kirche derzeit ihr munus propheticum wahrzunehmen vermag, das ist eine offene Frage. Sicher ist es so, daß sie es versucht, ob es wirklich immer eine prophetische Stimme ist, die da zu hören möglich ist, ist freilich zweifelhaft. Und ob diese Stimme wahrgenommen wird, ist noch zweifelhafter.

Die Überlegungen, die zur Bewältigung der verschiedenen Dilemmata angestellt werden, sind unterschiedlich. Sie beginnen bei den verschiedensten „Gemeindeaufbauprogrammen“, die seit etwa 1985 unter Berufung auf manche Gewährsmänner mit einem jeweils eher kurzzeitigem Erfolg begonnen wurden. Wofür das 1981 eingerichtete Amt (jetzt Werk) für Evangelisation und Gemeindeaufbau eben wegen seiner Umstrittenheit die Programme liefert, geht über verschiedene Bemühungen um kirchliche Erwachsenenbildung, bei denen die ältere Evangelische Akademie Wien wieder Lebenszeichen gibt, bis zu Strukturüberlegungen und kirchlicher Raumplanung, die versu-

chen, unter Berücksichtigung von verschiedenen theologischen Überlegungen, unter Aufrechterhaltung der grundlegenden Strukturen und Überzeugungen den neuen Entwicklungen gerecht zu werden. Daß dabei ältere Vorstellungen (der Pfarrer als theologischer Sachverständiger in einem Team) ebenso Urständ feiern wie die Übernahme katholischer Pastoraltheologiekonzepte (etwa von Paul Zulehner), ist klar. Bezeichnend ist, daß die Fakultät in Wien dazu eher wenig beizutragen vermag.

m) Insgesamt hat nicht nur die Verbandsarbeit auf weite Strecken ihre Anziehungskraft verloren, sondern auch die meisten unter den offenen Arbeitsformen. Bildungsangebote werden nur zu einem recht geringen Maße angenommen; die einzige Arbeitsform, die in den letzten Jahren wirklich ausgeweitet werden konnte, war die Seniorenarbeit. Das entspricht durchaus den Verschiebungen in der österreichischen Bevölkerung. Katastrophenhilfe und spontane Hilfsaktionen haben immer wieder – auch von kirchlichen Stellen angeregt – die Aufmerksamkeit erregt, wenngleich sie natürlich ohne den Einsatz der Massenmedien über bestimmte Größenordnungen nicht hinausgekommen sind.

n) Personell steht der Kirche in den nächsten Jahren die Ablösung eines erheblichen Teiles der führenden Persönlichkeiten bevor. Es erscheint angesichts des ungleichmäßigen Altersaufbaus der Pfarrerschaft recht schwierig, entsprechende Führungspersönlichkeiten zu finden. Und die im Herbst 1993 durchgeführten Wahlen in die Gemeindevertretung haben gezeigt, daß sich das presbyterial-synodale System, das doch eben erst expressis verbis als Grundlinie in die Kirchenverfassung aufgenommen wurde, nachdem es seit 1861 gegolten hat, durchaus in einer Krise steckt.

o) Personell wie finanziell drohen Probleme, die zwar gesehen, denen aber noch nicht begegnet wird. Der Religionsunterricht hat nicht nur Teil an der allgemeinen Krise der Schule, sondern auch noch in besonderem Maße an der Schwierigkeit der Motivation. Hier droht langfristig eine weitere Beeinträchtigung der Stellung der Kirche.

Diese ist – wie die aller Kirchen – derzeit in der Öffentlichkeit sowie staatskirchenrechtlich – mehr als angefochten. Man redet dort von Privilegien, wo den Kirchen eher im Gleichklang zu anderen Vereinigungen staatliche Hilfe angediehen lassen wird. Religionsbekenntnis wird in der Öffentlichkeit mehr und mehr zum Religionsgeheimnis.

Selbst wenn nun noch andere Faktoren und Geschehnisse angeführt würden, wie die Bemühungen um Flüchtlingsbetreuung oder die Ostkontakte, so würde sich zwar eine gewisse Verdichtung des Bildes, keineswegs aber eine grundsätzlich neue Erkenntnis der Situation gewinnen lassen. Die Geschichte ist nach vorne hin offen, und gleichgültig, wie stark der Anteil und die Anzahl der Evangelischen in Österreich sinken wird (derzeit ist kaum zu erwarten, daß er steigt), bleibt doch die Überzeugung, daß die Kirche nicht in ihren Problemen, sondern von Gottes Verheißung lebt. Gerade die Geschichte des österreichischen Protestantismus hat gezeigt, daß sich die Existenzformen der Kirche ändern können, daß es nicht immer struktureller und institutioneller Formen bedarf, daß auch die menschlichen Bemühungen immer nur vorläufig sind, und zwar sowohl in negativer wie in positiver Hinsicht, daß aber „alle Zeit müsse eine heilige christliche Kirche sein und bleiben“ (C.A. VII), die die Stimme des Herren hört und davon redet. Unter dieser Verheißung steht – trotz allem – auch gegenwärtig die Arbeit und die Geschichte der evangelischen Kirche in Österreich.

#### Anmerkung

Der skizzenhafte Charakter der vorstehenden Ausführungen läßt es als unzulässig erscheinen, die einzelnen Angaben genau zu belegen. Zur Kenntnis der Strukturen sei verwiesen auf die knappe Einführung des Verfassers „Die Evangelische Kirche in Österreich – Strukturen und Arbeitsformen“, in: „Glaube und Heimat. Evang. Kalender für Österreich“ 46 (1992), 48ff., sowie auf zahlreiche Arbeiten (des Verfassers und anderer) in der vom Bischof der Evang. Kirche A.B. in Österreich herausgegebenen Zeitschrift „Amt und Gemeinde“, die 1993 im 44. Jahrgang erschien.

Zur Geschichte der Kirche sind zunächst einmal die „Seelenstandsberichte“ zu vergleichen, die alljährlich im „Amtsblatt für die Evang. Kirche A. u. H.B. in Österreich“ veröffentlicht werden. Einen Einblick in die Probleme geben die Berichte, die der Bischof und der Kirchenkanzler (1947 noch der Oberkirchenratspräsident) jeder konstituierenden Sitzung der Generalsynode und der Synode A.B. erstatten (in sechsjährigem Rhythmus, zuletzt 1992).

In den Darstellungen der Geschichte des Protestantismus werden die Jahre seit 1945 eher knapp behandelt, doch sind immerhin die entsprechenden Bücher des Verfassers (Wien-Köln 1981) und von Peter F. Barton (ebd. 1987) zu beachten.

Erst in den letzten Jahren sind verschiedene Einzelarbeiten, meist zunächst als Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausbildung an der theol. Fakultät verfaßt worden. Die Dissertation von Hannelore Reiner über die „Gemeindeschwestern“ in Oberösterreich ist bereits gedruckt worden (Wien 1992), die von Thomas Dasek über das Evang. Jugendwerk wird wohl 1994 veröffentlicht werden. Anderes liegt in Aufsatzform vor.